

Zeitschrift: Rote Revue : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 82 (2004)
Heft: 1

Artikel: Warum stellen wir nicht die richtige Frage?
Autor: Cavalli, Franco
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-341821>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 15.03.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Warum stellen wir nicht die richtige Frage?

Seitdem der Bundesrat von der rechtspatriarchalen «4er-Bande» dominiert wird, sind die Medienleute nur an einer Frage interessiert: Verlässt jetzt die SP den

Franco Cavalli

Bundesrat? Wir sollten dieses simple «Ja-Nein-Spiel» nicht mitmachen, denn wir wissen, dass komplexe Fragen differenzierte Überlegungen verlangen. Das tut in seinem Beitrag auch Otto Stich, der schliesslich klar gegen einen Rückzug aus dem Bundesrat Stellung nimmt. Seine Ausführungen enthalten einige interessante Punkte: so z.B. die Vorschläge für eine linke Steuerpolitik, so die Betrachtungen über die deutlich verstärkte Tendenz zur Zweiklassengesellschaft als unweigerliche Folge der zukünftigen Entscheide des rechtsdominierten Bundesrates. Dieser Beitrag hat aber m. E. zwei Schwächen: Erstens betrachtet Otto Stich den bevorstehenden Entscheid ganz im Lichte der Diskussion, die vor 20 Jahren stattfand, als er gegen Lilian Uchtenhagen in den Bundesrat gewählt wurde. Die Lage heute ist völlig anders. Zweitens geht er bei seinen Schlussfolgerungen über das, was die SP jetzt unbedingt tun sollte, von einem Bild der Partei aus, das unrealistisch ist: Diese SP gibt es nicht (mehr). Bevor wir die Frage «Bundesrat ja oder nein?» seriös beantworten, sind folgende Fragen zu klären: Warum ist die rechte «4er-Bande» gerade jetzt an die Macht gekommen? In welcher historischen Situation befinden wir uns?

Welches ist die Rolle der SP, und was kann oder sollte sie in dieser Situation tun?

Der Siegeszug des Neoliberalismus

Während der «glorreichen 30 Jahre» (Eric Hobsbawm), die dem Ende des Zweiten Weltkrieges folgten, wurde in Europa der Sozialstaat stark ausgebaut, dies als Resultat eines historischen Kompromisses zwischen Vertretern der Lohnabhängigen und den Wirtschaftsbossen, die v.a. unmittelbar nach 1945 einen Vormarsch des Kommunismus in Westeuropa befürchteten. Als diese Angst nachliess, kündigten Ende der 70er-Jahre die Kapitalherrscher den Kompromiss, da sie unterdessen auch von den Arbeiterrevolten in Frankreich und Italien, aber auch vom radikalen Reformismus von Palme und Brandt aufgeschreckt wurden. Die zuerst kleine esoterische Gruppe der Neoliberalen wurde somit fast über Nacht und mit der «Konterrevolution» von Reagan und Thatcher zu den Verkündern der letzten Weisheit erkoren («La pensée unique»). Dahinter steckten riesige wirtschaftliche Interessen, sprich Privatisierung der staatlichen Betriebe und Abnahme der Steuerbelastung für die Reichen sowie die Abschaffung der Errungenschaften, die die Lohnabhängigen sich seit dem Zweiten Weltkrieg erkämpft hatten. Die politische Philosophie der Neoliberalen reduziert sich auf den Satz: *«Von nun an keine Kompromisse mehr mit der Linken und den Gewerkschaften. Es wird einfach durchmarschiert.»* Dieser

Durchmarsch nahm verschiedene Formen an, je nach Land und Kontinent. Wenn es notwendig war, griff man (z.B. in Lateinamerika und in Fernost) zur Keule der Weltbank und des IWF oder gar zum blutigen Staatsstreich (Chile, Indonesien), um diese Länder in die Knie zu zwingen. Anderswo wurden «feinere» Methoden eingesetzt: Als etwa die italienische Regierung ihr Rentensystem nicht anpassen wollte, zwang man sie dazu, indem man die Lira und die italienische Börse fallen liess.

Der Schweizer Sonderfall

Der neoliberale Angriff begann in der Schweiz erst in den 90er-Jahren mit dem berühmten «Weissbuch», das all die Wünsche der Besitzenden zusammenfasste. (Viele davon sind heute realisiert.) Während der 90er-Jahre wuchs der Ruf der Besitzenden, man müsse endlich «moderne» Reformen einführen, die zu einer Senkung der Staatsquote führen sollten. Objektiv erklärt sich diese zunehmende Unruhe unserer lokalen Kapitalherrscher v.a. mit der fortschreitenden Abnahme ihrer Standortvorteile im Sog der starken Beschleunigung der Globalisierung, die nach dem Verschwinden des «realen Sozialismus» einsetzte. Gleichzeitig nahm auch bei uns der «Kasino-Kapitalismus» Überhand: So wurde die FDP, seit anderthalb Jahrhunderten das Sprachrohr des reichen, aber produktiven und «seriösen» protestantischen Bürgertums, innert 10 Jahren zur Partei der Abzocker. Gleichzeitig begann Blocher seinen Durchmarsch Richtung Macht, indem er aus einer gemässigten konservativen Partei die straff strukturierte, rechtspopulistische SVP machte. Die Verlierer der raschen Globalisierung wurden an die SVP gebunden, da sie in den Linksparteien, die zunehmend «regierungsbesessen» daher kamen und häufig zu reinen Mittelschichtorganisationen mutiert waren, keinen organisatorischen Halt mehr fanden.

Was die Rechtspopulisten wie Le Pen oder Haider nicht zu Stande brachten, gelang Blocher (und könnte in Italien bald auch Fini gelingen): Er brachte die dominierenden Kräfte der Kapital- und Wirtschaftswelt auf seine Seite.

Der Kern des Problems

Der Rechtsblock, der ausdrücklich keine Konkordanz- und Kompromisslösungen mehr eingehen will, hat bei der Bundesratswahl gewonnen. Allerdings hat sich die FDP, gebeutelt durch Niederlagen in Zürich und bei den Nationalratswahlen, gleichzeitig um ihre Vormachtstellung in Wirtschaftsfragen und bei Wirtschaftsverbänden gebracht, unter die Fittiche der SVP begeben. Die Rollenteilung ist damit neu definiert: In den nächsten Jahren wird die FDP wahrscheinlich die «schmutzige Arbeit» beim Abbau des Sozialstaates übernehmen, während die SVP mit ihren populistischen Tiraden dem Rechtsblock die nötige Unterstützung im Volk zu sichern hat. Die Lage ist also objektiv nicht mit derjenigen vergleichbar, die vor 20 Jahren herrschte, als zum letzten Mal an einem a.o. Parteitag der SP über die Bundesratsfrage diskutiert wurde. Damals war der Spielraum für «seriös arbeitende SP-Bundesräte» noch recht gross. Dieser Spielraum ist jetzt praktisch weg.

Die Rolle der SP

Die SP ist nicht irgendeine Partei, sondern eine politische Kraft, die die kapitalistische Ordnung überwinden will, damit eine Gesellschaft entsteht, in der Ausbeutung und wirtschaftliche Unterschiede nach und nach abnehmen, sodass schlussendlich alle Menschen im täglichen Leben gleiche Rechte und Möglichkeiten haben. Bewegungspolitisch und gesellschaftlich kann deswegen die SP nur in der Opposition sein. Dies bedeutet nicht automatisch, dass

**Bewegungs-
politisch und
gesellschaftlich
kann die SP
nur in der
Opposition sein.**

man sich von jeder Regierungsverantwortung verabschiedet. Eine Regierungsbeteiligung lässt sich aber nur rechtfertigen, wenn sie dazu dient, das Los der Lohnabhängigen und der weniger Bemittelten zu verbessern. Dies ist in den letzten Jahrzehnten sicher der Fall gewesen. Der Vergleich zwischen den 9 Jahren Ruth Dreifuss und einem einzigen Jahr Pascal Couchepin als Sozialminister spricht Bände. Ich habe immer dafür plädiert, dass die SP nur in der Doppelrolle Regierung/Opposition existieren kann. In der neuen Situation muss sich dieses Verhältnis drastisch zu Gunsten der Opposition verschieben. Das heisst konkret: stärkere Zusammenarbeit mit Gewerkschaften und sozialen Oppositionsbewegungen, zunehmender Einsatz von Referenden und Initiativen und Verlegung des Hauptgewichts auf die ausserparlamentarische Tätigkeit. Nur wenn wir einen Gegenpol zur jetzigen Übermacht des Rechtsblocks aufbauen, ändern wir mit der Zeit das Kräfteverhältnis. Ist die SP aber fähig, dies zu tun? Vierzig Jahre Bundesratsbeteiligung und eine noch längere Regierungsbeteiligung auf kantonaler Ebene haben bewirkt, dass viele Amtsträger nunmehr «päpstlicher als der Papst» geworden sind. Auch die Partei selbst hat sich, mindestens in vielen Kantonen, stark Richtung Mittelschichtpartei verändert. Vielerorts ist von einem oppositionellen Kurs, sei es auch nur im gesellschaftlichen Sinn, nichts mehr zu spüren. Denken wir als Paradebeispiel an den Präsidenten der Sektion Zürich, der die Gesundheitsinitiative (das wichtigste SP-Urprojekt der letzten 5 Jahre) als «fast so stupid wie die SVP-Initiative» eingestuft hat; denken wir daran, dass bei der Abstimmung über diese Initiative viele Kantonalparteien und Sektionen nur lauwarm, wenn überhaupt, mitgemacht haben.

Was tun?

Würden wir jetzt prinzipiell ja oder nein zur Bundesratsbeteiligung sagen, käme dies als eine abstrakte Diskussion daher. Ein Bundesratsaustritt ohne nennenswerte Änderung der Parteipraxis und der politischen Kultur der SP nützt niemandem. Am 6. März müssen wir zuerst die Bedingungen für eine Regierungsteilnahme festhalten: Z.B. der Verzicht auf das Kollegialitätsprinzip, da wir in der neuen historischen Situation gegenüber dem Volk eine hundertprozentige Transparenz wahren lassen müssen. Wir müssen aber auch der Partei die Aufgabe erteilen, weitgehend auf Oppositionskurs zu gehen. Dies bedeutet aber andere Organisationsformen (wann haben wir den letzten Schulungskurs durchgeführt?) und verlangt andere Strukturen. Die GL muss eine Liste von Aufgaben (entsprechende Resolutionsentwürfe sind in Vorbereitung) bekommen, die sie innert 12 Monaten zu lösen hat. Das beinhaltet auch ein neues Programm mit mittel- und langfristigen Zielen und Inhalten. Nach einem Jahr müssen wir uns dann wieder treffen. Die GL wird über den neuen politischen Kurs und die getroffenen Massnahmen berichten. Unsere beiden Vertreter im Bundesrat müssen konkret belegen, dass auch sie die neue Oppositionsrolle haben wahrnehmen können. Erst dann und auf Grund von Fakten werden wir über unsere weitere Bundesratsbeteiligung entscheiden. Ich schliesse nicht aus, dass dann die Mehrheit des Parteitages einen Bundesratsaustritt befürworten wird, um der SP eine letzte Wiederbelebungschance zu geben.

Franco Cavalli ist Arzt und SP-Nationalrat (TI).